

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
zunächst gilt mein Dank allen , die an der Erarbeitung dieses umfangreichen Zahlenwerkes mitgewirkt haben, dem Stadtkämmerer Herrn Blasweiler, Herrn Walker, Frau Schmidke und allen anderen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei.

Meine sehr geehrten Damen und Herren  
mit der Einbringung des diesjährigen Haushalts haben wir alle gemeinsam die schwierigsten Haushaltslage unserer städtischen Finanzen zu bewältigen, die wir in der jüngeren Stadtgeschichte zu verzeichnen hatten. Diese Herausforderung verlangt von uns allen verantwortliches Abwägen zwischen Vorstellungen wie sich unserer Stadt weiterentwickeln soll und dem was uns ein klarer Konsolidierungskurs der städtischen Finanzen abverlangt.

Die finanzielle Lage unserer städtischen Haushaltswirtschaft hat sich bereits im abgelaufenen Haushaltsjahr erheblich verschlechtert. Die Aussichten für das Jahr 2006 sind düster.

Bund und Land haben in den vergangenen Jahren immer neue Aufgaben beschlossen und die Kosten nach unten durchgereicht. Zum Beispiel den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab 3 Jahren oder aktuell das Tagesbetreuungsausbaugesetz für die unter 3 jährigen. Gleichzeitig wurden verschiedene Steuerreformen beschlossen, die auch erhebliche Auswirkungen auf die Einnahmesituation der Städte hatten, sowohl für den Einkommenssteuerbereich als auch für die Gewerbesteuer. Erst durch die Rücknahme einiger Elemente der Unternehmenssteuerreform, ließ sich bei der Gewerbesteuer wieder eine leichte Verbesserung der Einnahmen verzeichnen. An der unverändert kritischen Lage der Kommunal Finanzen – die Kassenkredite der Kommunen erreichten 2004 bundesweit den Rekordstand von 20,2 Milliarden Euro – hat sich dadurch allerdings wenig geändert. Die Dramatik der Lage wird auch dadurch besonders deutlich, dass die Sachinvestitionen der Kommunen, nach Angaben des uns allen noch gut bekannten Hauptgeschäftsführers des deutschen Städtetages, Dr. Articus, wohl auch im Jahre 2005 um rund 40 % unter dem Niveau des Jahres 1992 liegen werde.

Hinzu kommt unser kommunaler Beitrag für den Aufbau der neuen Bundesländer, denen es gerade bei kommunaler Infrastruktur in einigen Städten heute bereits besser geht als uns.

Ganz energisch möchte ich von dieser Stelle aus den Begriff der Städte als „reiche Verwandte“ zurückweisen, der vom ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder einmal zur Begrüßung der Teilnehmer des Städtetages geprägt wurde. Diese Sichtweise von Bundes- oder Landespolitik ist nicht nur falsch, sondern bestraft sogar alle kommunalen Bemühungen zur Konsolidierung der kommunalen Haushaltswirtschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren.  
trotz unseres eigenen Konsolidierungskurses im Rahmen des HSK in den letzten Jahren, ist zur Zeit keine Besserung in Sicht. Im Gegenteil uns droht die fehlende Genehmigung des Haushaltes und damit für 2 Jahre eine vorläufige Haushaltsführung mit all den Konsequenzen der Einschränkung unserer eigenständigen Politikgestaltung.....und die Folgen dieser andauernden Finanzkrise werden auch in unserer Stadt am Zustand vieler städtischer Gebäude und am Zustand etlicher Strassen besonders augenfällig.

Gerade die Einnahmeseite im Verwaltungshaushalt zeigt die strukturelle Schwäche und lässt einen schnellen Haushaltsausgleich illusorisch erscheinen. Auch wenn die Verbesserungen der letzten Tage bei der Gewerbesteuer die Differenz zum ursprünglichen Haushaltsansatz verringert haben, so sind sowohl beim Anteil an der Einkommenssteuer als auch bei den möglichen Schlüsselzuweisungen des Landes große Lücken im Etat, hinzu kommen angekündigte Erhöhungen der Kreisumlage und das Pokerspiel um die Kostenerstattung des Bundes im Rahmen der sog. Hartz IV Gesetze, auch wenn sich für 2006 jetzt eine akzeptable Lösung abzeichnet.

Durch diese dramatischen Verschlechterungen war es nicht möglich einen ausgeglichenen Verwaltungsentwurf vorzulegen. Wenn wir hier nicht wirksam gegensteuern, erreichen die Finanzierungsdefizite bis 2009 kumuliert 52,4 Millionen Euro.

Dieser dramatisch verschlechterten Finanzlage stehen aber große Anforderungen gegenüber, die Rathausgestaltung und ihre Finanzierung ist nicht abgeschlossen, Brandschutzmaßnahmen an verschiedenen Gebäuden sind dringend erforderlich und um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern sind sowohl bei der offenen Ganztagsgrundschule als auch bei anderen Betreuungsangeboten weitere Herausforderungen zu bestehen.

Die nun kurzfristig drohende vorläufige Haushaltsführung kann und darf deshalb keineswegs als unabweisbaren Schicksal missverstanden werden, sondern ein strikter Konsolidierungskurs möglichst ohne die Zerstörung sinnvoller Infrastruktur bleibt unsere gemeinsame Aufgabe. Die bedeutet, dass wir alle gemeinsam versuchen sollten, möglichst bald wieder ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept zu erarbeiten und damit erste Schritte zu einem strukturellen Haushaltsausgleich zu gehen. Dazu gehören neben Ausgabenkürzungen und strengster Haushaltsdisziplin auch die konsequente Nutzung von Einnahmeverbesserungen und die Hoffnung auf eine Konjunkturbelebung mit nachhaltigem wirtschaftlichen Aufschwung.

Lange, ja zu lange, haben wir uns in Lüdenscheid auf einer Insel der Seligen gefühlt. Zahlen und die Entwicklungen vieler einheimischer Betriebe gaben Anlass zu dauerhaftem Optimismus. Inzwischen aber, unter den Bedingungen eines sich noch verschärfenden internationalen Wettbewerbes, in dem Lüdenscheider Unternehmen auf den Weltmärkten bestehen müssen und dies auch durchaus erfolgreich tun, konkurrieren die Betriebe mit Standorten in den neuen Bundesländern, im nach Osten und Süden erweiterten Euroraum und nicht zuletzt mit Städten und Regionen in Asien.

Diese Entwicklung bietet Chancen für den Export technologisch hochwertiger Produkte, birgt aber eben auch Risiken gerade für Beschäftigung in unserer Stadt, wenn es um die Frage des Standortes für mögliche und notwendige Erweiterungsinvestitionen geht. Schmerzlich sind Entscheidungen gegen unseren Standort oder mögliche Umstrukturierungen von Unternehmen vor allem für die Menschen, die keine neue Arbeit finden bzw. ihren bisherigen Arbeitsplatz verlieren. So sind aktuell allein im Bereich der Lüdenscheid der Agentur für Arbeit 4364 Menschen arbeitssuchend gemeldet, d.h. 10,7 %. Viele Menschen finden über einen längeren Zeitraum keine neue Beschäftigungsmöglichkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt. Mit dieser Frage und den damit verbundenen Problemen wollen wir uns in einer Veranstaltung zur sogenannten Langzeitarbeitslosigkeit in der nächsten Woche noch intensiver auseinandersetzen.

Auch die Frage nach Ausbildungsplätzen bleibt auf der Tagesordnung. Denn hier ist die Lage nach wie vor kritisch. Hier gehen wir als Stadt Lüdenscheid zusammen mit den uns nahestehenden Institutionen wie Stadtwerke und Sparkasse mit gutem Beispiel voran. Das alles reicht aber noch nicht. Hier müssen alle am Wirtschaftsleben Beteiligten, gerade auch im Hinblick auf das Ende der geburtenstarken Jahrgänge, noch eine Schüppe darauf legen, gelegentlich auch einmal über die unmittelbaren betrieblichen Erfordernisse hinaus ausbilden, um einen Fehlstart junger Menschen zu vermeiden. Nichts ist beschämender für eine Gesellschaft und schlechter für die betroffenen Jugendlichen, als wenn ihnen zu Beginn der Berufslaufbahn das Gefühl vermittelt wird: "Du wirst nicht gebraucht, du bist für nichts nütze." Damit sind doch die Arbeitslosen von morgen vorprogrammiert und möglicher Jugendkriminalität wird fruchtbarer Boden bereitet. Die französischen Verhältnisse sollten uns ein warnendes Beispiel sein. Und wo es dann überhaupt nicht reicht, sollten gerade die Anbieter von Qualifizierungen, die Schulen und Weiterbildungsinstitutionen wissen, auf uns als Stadt Lüdenscheid ist an dieser Stelle immer Verlass.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
das Thema Arbeitslosigkeit hat auch in unserer Stadt viele traurige Facetten, das Schicksal lange Zeit ohne Beschäftigung zu bleiben ist besonders für die Menschen hart, die mit hoher Motivation und vielfältigem Eigenengagement kaum eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben und dabei allmählich den Glauben an eine berufliche Zukunft verlieren. Ich weiß, wovon ich da spreche, denn viele dieser Menschen oder ihre Angehörigen kommen in meine Bürgersprechstunde mit der Hoffnung auf Unterstützung. Manche von ihnen haben im

Rahmen zusätzlicher, gemeinnütziger Tätigkeit nach dem SGB II in den verschiedensten Bereichen städtischer Aufgaben gute Arbeit geleistet. Diese Tätigkeiten sind keinesfalls in den regulären städtischen Pflichtaufgaben angesiedelt, sondern haben immer die Kriterien der Zusätzlichkeit und Gemeinnützigkeit erfüllt. Das die ARGE im Märkischen Kreis sehr gute Arbeit leistet und wir hervorragend mit dieser neuen Institution zusammenarbeiten, möchte ich ausdrücklich hervorheben. Nicht zuletzt die hochmotivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die von uns bei der ARGE beschäftigt sind, bieten die Gewähr für eine gute und harmonische Zusammenarbeit.

Bei der Überwindung von Arbeitslosigkeit kommt der persönlicher Weiterbildung und Qualifizierung hervorragenden Bedeutung zu. Nur durch konsequente Nutzung dieser Möglichkeiten lassen sich die Chancen des einzelnen Betroffenen nachhaltig verbessern.

Die Lüdenscheider VHS hat gerade im Bereich Weiterbildung bereits eine hohe Kompetenz erreicht, die es auszubauen gilt. Die Kooperationsmaßnahme mit der ARGE zur Erlangung des Hauptschulabschlusses in Kombination mit praktischen Tätigkeiten ist dafür nur ein weiteres positives Beispiel, ebenso die rege Nachfrage nach Integrationskursen im Rahmen des neuen Ausländerrechtes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
auch im Bereich von Bildung und Erziehung haben wir als Stadt Lüdenscheid ein breites Aufgabenspektrum und damit ein hohes Maß an Verantwortung für zukünftige Generationen. Dies gilt sowohl für unsere Aufgabe bei den Hilfen zur Erziehung in der Familienhilfe und als Schulträger für die allgemeinbildenden Schulen, dies gilt aber insbesondere auch für den vorschulischen Bildungsbereich. Die Bedeutung und Wichtigkeit gerade dieses Bildungs- und Lernfeldes haben alle entsprechenden internationalen Vergleichsstudien gezeigt. Je früher und intensiver die Bildungsangebote sind, desto besser auch die Fähigkeiten und Ergebnisse in der späteren Schullaufbahn. Warum dieser überaus wichtige Bildungsbereich aber in so starkem Maße kommunal finanziert werden muss, ist weder logisch im Sinne von Aufgabenverteilung noch auf Dauer so zu gewährleisten. Sowohl das bessere

Betreuungsangebot für Kinder unter 3 Jahren als auch die zweifellos sinnvollen und notwendigen intensiveren Bildungsangebote für die Kinder im Vorschulalter ist ohne massive Unterstützung von Land und Bund nicht zu leisten. Hier benötigen wir Antworten und vor allem entsprechende Finanzausstattung. Leider deuten die Haushaltspläne der Landesregierung genau in die entgegengesetzte und damit falsche Richtung. Nach Presseberichten sollen bei den Sachmitteln für KiTas 117 Mio gestrichen werden. Statt klare Zeichen zu setzen, will die neue Landesregierung darüber hinaus die bewährten Schuleinzugsbezirke aufheben und damit ein wichtiges kommunales Steuerungsinstrument zur verlässlichen Schulentwicklungsplanung aushebeln. Statt auf die bewährten Fähigkeiten der kommunalen Selbstverwaltung zu setzen, wird hier von oben hineinregiert und das alles im Sinne eines sehr zweifelhaften Wettbewerbs zwischen den Schulen. Statt hier die bisherigen engagierten Bemühungen zur Entwicklung entsprechender Schulprofile zu stärken und auszubauen, könnte hier eine Entwicklung zu Eliteschulen einerseits und Restschulen andererseits eingeleitet werden mit all den zweifelhaften Folgen für die Integrationsbemühungen und die Schullandschaft in unserer Stadt. Ich hoffe hier immer noch auf den Einfluss von kommunal verankerten Landtagsabgeordneten, damit dieses Vorhaben verhindert werden kann.

Erlauben sie mir an dieser Stelle einmal auf das Thema Integration kurz einzugehen. Bei einem so hohen Anteil von Einwanderern in unserer Stadt kommt diesem Thema ganz besondere Bedeutung zu. Dabei ist das neue Ausländerrecht und die Umsetzung der Integrationskurse ein richtiger Ansatz. Der Erwerb von Sprachkompetenz ist der entscheidende Schlüssel zur Bewältigung dieser zentrale Zukunftsaufgabe gerade auch in unserer Stadt. Die Verwaltung wird in den nächsten Wochen ihr Integrationskonzept vorstellen und gemeinsam mit der Politik diskutieren, um danach hier Fortschritte zu erreichen. Auch hier kommt der vorschulischen, aber auch der schulischen und schulbegleitenden Arbeit besondere Bedeutung zu. Als besonders gelungen möchte ich in diesem Zusammenhang sogenannte „Rucksackprojekte“ erwähnen, in denen Mütter nicht deutschsprachiger Kinder parallel zu ihren Kindern Sprache lernen, um zu wissen was die Kinder in der Schule lernen und sie entsprechend dabei begleiten zu können. In dieser Arbeit liegt eine Schlüsselaufgabe für uns, wenn wir nicht wollen, dass wichtige Bevölkerungsgruppen in unsere Stadt nur geringe Zukunftschancen haben und damit zur Stadtentwicklung keine positiven Beiträge leisten können. Um hier nicht missverstanden zu werden, Integration ist keine Einbahnstrasse, sondern setzt die Bereitschaft von Zuwanderern zur Integration voraus. Hier setzt das neue Zuwanderungsrecht zu Recht entsprechende Maßstäbe. Für religiösen Fanatismus und Fundamentalismus ist dabei kein Platz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
dass wir unserer hohen Verantwortung als Schulträger, aber auch als **der** Träger vorschulischer Bildung außerhalb des Elternhauses sehr wohl gerecht werden wollen, wird nicht zuletzt durch diesen Haushaltsplanentwurf deutlich. Sowohl für den Bereich des GTK, die Investitionen in unseren Schulen, aber auch bei der Weiterentwicklung der Angebote zur offenen Ganztagsgrundschule wird klar, dass wir hier erheblich über die finanzpolitisch gebotenen Grenzen hinausgehen, um den Familien in unserer Stadt deutlich zu zeigen, dass wir es ernst meinen mit dem Angebot, ja wir möchten Kinder in unserer Stadt und wir möchten Eltern dazu ermutigen, gerade bei uns in Lüdenscheid mit Kindern zu leben. Die Entwicklung hin zu einem lokalen Bündnis für Familie, aber auch das deutliche Zeichen durch Investition in einen Anbau an die Erwin- Welke- Grundschule am Vogelberg, als eines der wenigen Neubauvorhaben in diesem Investitionsprogramm sprechen hier eine deutliche Sprache. Ich verspreche mir darüber hinaus auch einiges von den von der Landesregierung angekündigten Familienzentren sowie den bisher bekannten Aussagen zur Zukunft der Horte, damit wir Unterstützung bekommen bei unseren Bemühungen zur Entwicklung hin zu einer familien- und kinderfreundlichen Stadt. Dabei ist der bisherige Prozess für das Familienbündnis vor allem auf Dialog mit den Familien angelegt, die Kinder haben. Dies sind sicherlich die besten Experten und diejenigen, die uns die sachdienlichen Hinweise zu einer positiven Entwicklung geben können.

Denn wir sollten alles daran setzen dem allgemeinen demografischen Trend entgegen zu wirken, nach dem wir in den letzten Jahren kontinuierlich Bevölkerung verloren haben, so im Jahr 2004 knapp 500 Einwohner. Natürlich ist es positiv, dass die Menschen auch in Lüdenscheid länger leben und sie dabei auch dank guter medizinischer und pflegerischer Angebote länger eine hohe Lebensqualität genießen können. Darauf muss die städtische Seniorenpolitik genauso reagieren, wie dies die Bauherren bereits tun. Die richtigen Antworten auf diesen Alterungsprozess zu finden stellt Anforderungen an die verschiedensten städtischen Politikbereiche. Deshalb wird diese Querschnittsaufgabe demografischer Wandel auch ein Arbeitsschwerpunkt für die Verwaltung in den nächsten Jahren werden.

Aber wir benötigen dringend den Nachwuchs, um die Zukunft unserer Stadt zu sichern. Deshalb ist es nur zu begrüßen, dass die Initiative zu einem lokalen Familienbündnis von allen Fraktionen unterstützt wurde und inzwischen die Umsetzung auf dem Weg ist. Allen daran Beteiligten gilt mein herzlicher Dank.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
unsere Stadt hat sich im Laufe der vergangenen Jahre eine von vielen Menschen als selbstverständlich empfundene und durchaus geschätzte Infrastruktur geschaffen. Dies wurde durchweg von breiten Mehrheiten im Rat getragen und von der Verwaltung mehr oder weniger erfolgreich umgesetzt. Der aktuelle Rathausumbau ist eher ein Beispiel für die letztgenannte Variante. Dieses Projekt müssen wir aber jetzt auch möglichst zügig zu einem vertretbaren Ende führen und aus den begangenen Fehlern sorgfältige Lehren ziehen.

Was allerdings in der Vergangenheit sicher gefehlt hat, war der Blick in die Zukunft, insbesondere hinsichtlich der mit dieser Infrastruktur verbundenen Folgekosten. Dies wird sich mit der Einführung von NKF sicherlich ändern müssen und das ist gut so. Denn Teile dieser Infrastruktur, die ja einen guten Teil der Lebensqualität in Lüdenscheid ausmacht, droht wegen fehlender Mittel für den Bauunterhalt oder fehlender Mittel für die inhaltliche Weiterentwicklung zu vergammeln oder an Attraktivität so zu verlieren, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung leidet. Darüber hinaus drohen Millionenverluste durch Schäden, gerade auch bei unserem Strassen sind Substanzverluste bereits eingetreten. Hier könnten, nein hier müssten wir dringend investieren, was keineswegs öffentliche Verschwendung bedeutet, sondern im Sinne von Wirtschaftlichkeit dringend erforderlich und sinnvoll wäre. Dies hätte gerade bei vielen Investitionen im Bereich der Energieeinsparung auch noch den zusätzlichen Dauereffekt, Kosten zu sparen und dabei die Umwelt zu schonen. Denn Energie wird ein knappes und damit teures Gut bleiben. Ebenso dringend erforderlich wäre ein Investitionsprogramm für den baulichen Brandschutz.

Diese Liste ließe sich sicher noch verlängern, hier liegt offensichtlich ein großes, sinnvolles Investitionspotential brach, das bei einer entsprechenden Umsetzung gerade für die notleidende Bauwirtschaft und die davon abhängigen Bereiche viele Impulse geben könnte und damit einen sinnvollen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bieten würde.

Deshalb richte von hier aus die dringende Bitte an Bundes und Landesregierung uns nicht nur von neuen, kostenträchtigen Aufgaben zu verschonen, also das Konnexitätsprinzip nicht nur in Koalitionsverträge zu schreiben, sondern dies eben auch umzusetzen. Dazu brauchen wir endlich eine Gemeindefinanzreform, die diesen Namen auch verdient. Damit sollten wir als Stadt dann endlich in die Lage versetzt werden, die notwendige Weiterentwicklung unserer Stadt auf einer soliden finanziellen Grundlage fortzusetzen und nicht am Rande des finanziellen Ruins zu wandeln. Wenn wir Kommunen hier endlich wieder handlungsfähig würden, könnten wir sicherlich einen nachhaltigen Beitrag zu einem langanhaltenden Wirtschaftsaufschwung leisten und vielen Menschen neue Beschäftigungsperspektiven bieten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
da wir als Stadt die vielfältigsten Bemühungen zu einer kommunalen Daseinsvorsorge in den unterschiedlichsten Organisations- und Unternehmensformen betreiben, möchte ich an dieser Stelle eindringlich vor einer Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten der Städte und Gemeinden warnen. Dies würde nicht nur unsere ohnehin schon großen Finanzprobleme verschärfen, sondern die kommunale Daseinsvorsorge insgesamt schwächen. Wir zeigen doch gerade mit unseren verschiedenen interkommunalen Aktivitäten z.B. bei den Gewerbegebieten Rosmart und demnächst zusammen mit der Gemeinde Schalksmühle oder bei der Energiekooperation mit unseren Nachbarn oder beim Zusammenschluss mit der Sparkasse Halver, dass wir die Zeichen der Zeit erkannt haben und über den Kirchturm hinaus wirtschaftlich sinnvolle Lösungen im regionalen Verbund suchen, um den Menschen in unserem Raum und damit auch in Lüdenscheid gute Lebensbedingungen zu bieten und Abwanderungstendenzen zu verhindern. Im Zusammenhang mit den Verhandlungen zur Energiekooperation möchte ich mich noch einmal ganz herzlich beim Kämmerer und namentlich Frau Vogelsang und den übrigen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren außerordentlichen Einsatz danken, ohne die eine sachgerechte Beratung nicht möglich gewesen wäre.

Meine Damen und Herren,  
neben diesen Kooperationen müssen wir aber natürlich auch unsere Wettbewerbssituation zu anderen Regionen, aber auch zu unserem unmittelbaren Umfeld sehen. Bei aller Notwendigkeit zu sparen und eine verstärkte Aufgabenkritik zur Ausgabenminderung zu betreiben, was unabwendbare Voraussetzung für ein genehmigungsfähiges HSK sein wird, müssen wir unsere Stadt weiterentwickeln. Daher sind die Weiterentwicklung unserer Stadt des Lichts ebenso von Bedeutung wie durch die Fortschreibung des Flächennutzungsplans die Voraussetzungen dafür zu schaffen, ausreichende Flächen für das Wohnen und Arbeiten in Lüdenscheid vorzuhalten. Im Potential der über 10000 täglichen Berufseinpender( im Saldo ) liegt eine große Herausforderung für unserer Stadtentwicklung. Die geringere Pendlerpauschale könnte noch zusätzliche Anreize bieten, in Lüdenscheid ansässig zu werden statt täglich Zeit und Energie und damit auch erhebliche Kosten für das Pendeln zu verwenden. Gerade darauf müssen wir bei unsere Flächenentwicklung ausrichten, um weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben. An dieser Stelle ist Stillstand Rückschritt und auch das St. Florians Prinzip, letztlich noch eindrucksvoll in einem attraktiven Bereich unserer Stadt angewandt und von Teilen der Politik unterstützt, kann da auf Dauer nicht die letzte und die richtige Antwort auf diese Herausforderung sein.



Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
viele Menschen in unserer Stadt sind engagiert und zeigen viel Interesse für Gemeinschaftsaufgaben. Der engagiert fortgesetzte Agenda Prozess in unserer Stadt, den Frau Wilfahrt sehr gut begleitet, hat schon einige positive Entwicklungen in Gang gesetzt und wird von vielen aktiven Bürgern getragen. Hier gilt es anzusetzen, dies sollten und müssen wir weiterhin ermöglichen und unterstützen. Aus diesem Grund wird bei jedem Neujahrsempfang eine dieser Initiativen in den Mittelpunkt gestellt und einer breiten Öffentlichkeit zum näheren Kennenlernen vorgestellt und zur Nachahmung empfohlen. Dabei fallen mir spontan als aktuelle Beispiele die Bemühungen zur Ausstattung einer Stiftung für unser Hospiz ebenso ein wie die gemeinsame Aktion von Stadt und CVJM zugunsten der Tsunami Opfer in Sri Lanka, der Adventskalender des Lions Clubs oder die Aktion Rotary for Azubi oder die spontane Hilfsbereitschaft vieler Lüdenscheider bei der Hilfsaktion der LN zugunsten von Geschenken für Kinder im Haus St. Josef oder unsere rührige Ehrenamtsbörse, dazu die zahlreichen Fördervereine in Schulen und Kindergärten, die jetzt in der Vorweihnachtszeit oft durch zahlreiche selbstlose Aktionen die materiellen Voraussetzungen für ihre unverzichtbare Arbeit schaffen. In diesem Potential liegt ein wichtiges Potential zur Bewältigung der schwierigen Aufgaben für die Zukunft in unserer Stadt.

Meine sehr geehrten Damen und Herrn,  
auch wenn die gegenwärtige Haushaltssituation sicher keinen Anlass zu finanzpolitischem Optimismus gibt, ist es doch dieser Geist und diese Bereitschaft in der Bevölkerung sich im Sinne der Allgemeinheit zu engagieren, die uns als Rat und Verwaltung auffordert, uns dieser anstrengenden Gemeinschaftsaufgabe zustellen. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit dem notwendigen langen Atem, einer wirksamen Aufgabenkritik, den notwendigen Einnahmeverbesserungen und der Hoffnung auf einen Wirtschaftsaufschwung die Wende zum Besseren in der Zukunft schaffen können.

Optimismus, gepaart mit dem gesunden Lüdenscheider Pragmatismus und die Bereitschaft selbst Verantwortung zu übernehmen, können und müssen zum Weg aus der Finanzkrise und damit zu einem gemeinsamen Erfolg für Lüdenscheid führen. Was wir dazu bereits in diesen Haushaltsplanberatungen tun können, sollten wir in den nächsten Wochen anpacken.